



METALL- Nachrichten

Herausgeber: IG Metall, Bezirksleitung Stuttgart, verantwortlich Franz Steinkühler
Druck: Union-Druckerei u. Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt, Th.-Heuss-Allee 90-98

Nr. 1 BW 30. 9. 1981

Widerstand

Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Unter dem Vorwand, Mißbräuche zu beseitigen und sparen zu wollen, fährt die Bundesregierung mit einem Mährescher über die sozialen Leistungen hinweg. Billiger wird dadurch nichts – nur werden die Kosten einseitig auf die Arbeitnehmer verlagert. Die geplanten Kürzungen der SPD/FDP-Koalition sind ein Anschlag auf den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer, der in Jahrzehnten mühsam erkämpft werden mußte. Was die Unternehmer und die CDU/CSU an Vorschlägen daherbringen, ist die Welt vom vorigen Jahrhundert!

Bettelarm?

Kein einziger Sparvorschlag der Bundesregierung trifft die Reichen – ganz im Gegenteil.

Steuervergünstigungen und Subventionen bietet die Regierung ihnen förmlich an.

Während Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden, schenkt der Staat im gleichen Atemzug der reichsten Familie, den Flicks, 840 Millionen Mark an Steuern. 840 Millionen! Dieses Verhalten von Bundesfinanzminister Matthöfer verdient nur eine einzige Bezeichnung: sie ist schlicht unsozial.

Wechsel?

Die Vorschläge der Union, des Wirtschaftsgrafens und der Unternehmer würden die Arbeitnehmer ins vorige Jahrhundert zurückwerfen. Für uns ist deshalb eine CDU/CSU-Regierung keine Alternative. Aber wir müssen die Sozialdemokraten in der Regierung an ihre gemeinsamen Wurzeln mit der Arbeitnehmerschaft erinnern. Man kann auch um die Macht gebracht werden, indem man Stück für Stück seine Grundsätze aufgibt, um an der Macht zu bleiben. So wird man am Schluß zum betrogenen Betrüger.

Lohnstopp?

Unglaublich und schlicht arbeitnehmerfeindlich ist auch der Vorschlag der Regierung, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen. Eine sozialdemokratische Regierung, die bestehende Tarifverträge unterlaufen will, muß wissen, daß sie sich damit in offene Gegnerschaft zu den Gewerkschaften dieser Republik begibt. Wenn als Konsequenz dieser Politik heute schon CDU- und FDP-Politiker unverBLÜMt Lohnstopp predigen, ist es höchste Zeit, sich zu wehren.

Kindergeld

Am 1. Februar 1981 wurde das Kindergeld für das zweite und dritte Kind erhöht. Zur Sanierung des Staatshaushaltes wird dies nun wieder gestrichen. Das Kindergeld wird unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt. So kann nun der Vorsitzende des VMI, Herr Stihl, den Staatszuschuß weiterhin seinen Kindern direkt als Taschengeld weiterreichen.

Kinderreichen Arbeitnehmerhaushalten wird nichts anderes übrigbleiben, als nach Einsparungsmöglichkeiten beim privaten Verbrauch zu suchen. Konkret? Von Januar nächsten Jahres an gibt es für ein Kind 50 (unverändert), für zwei Kinder statt bisher 170 nur noch 150 DM und für drei Kinder und mehr nur noch 370 anstatt wie bisher 410 DM.

Kahlschlag

Noch deutlicher als bei den allgemeinen Haushaltseinsparungen sind die Einschnitte beim Arbeitsförderungs-gesetz zu Lasten der Arbeitnehmer nur noch als „Kahlschlag“ zu beschreiben.

- Die Sperrfrist wird von bisher vier auf acht Wochen heraufgesetzt.
- Der Beitragsrahmen ist auf 4 Prozent erhöht worden. Dieser Satz kann jederzeit vom Arbeitsminister festgesetzt werden.
- Arbeitslosenunterstützung erhält nur noch, wer in den letzten drei Jahren mindestens zwölf (bisher sechs) Monate eine Beschäftigung hatte.
- Die Maßnahmen der

Rehabilitation und der beruflichen Weiterbildung und Umschulung sind praktisch gestrichen.

- Der „Zumutbarkeitsbegriff“ soll von der Bundesanstalt neu geregelt werden. Ist er nicht durch die Selbstverwaltung zu erreichen, wird der Arbeitsminister dies durch eine Rechtsverordnung regeln (wohl ähnlich zu unseren Lasten, wie wir es von ihm gewöhnt sind!).

Zu begrüßen ist lediglich die Verschärfung der Möglichkeit, Kurzarbeitergeld zu erhalten, die sogenannte 59er-Regelung und das Verbot der Leiharbeit am Bau. Eine sehr magere Ausbeute!

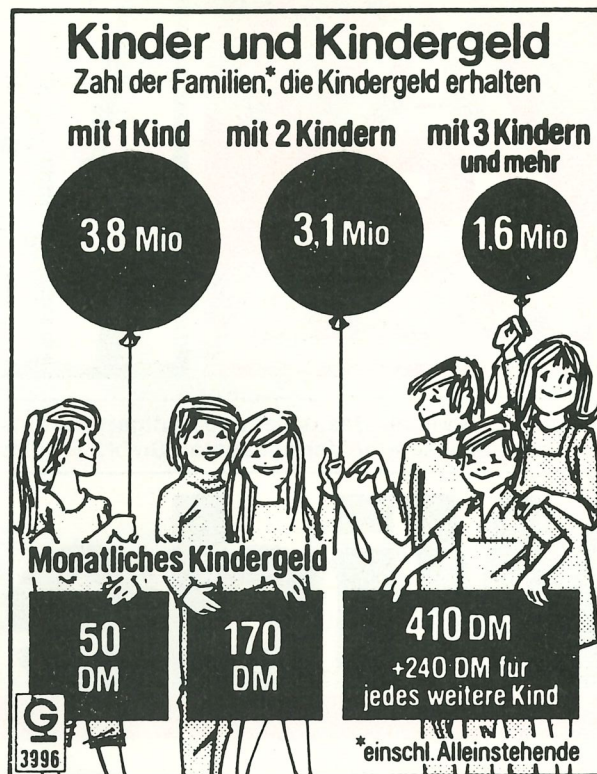
Lohnkürzung

Zur Sanierung des Haushaltes sollen die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 1 Prozent gekürzt und für Beamte eine Erhöhung der Bezüge erst nach einem Vierteljahr erfolgen. Die Kürzung der Bezüge machen zwischen 14,60 DM und 122,70 DM (Staatssekretärsgehalt). Diese Maßnahme ist in doppelter Hinsicht arbeitnehmerfeindlich und gefährlich für alle Arbeitnehmer:

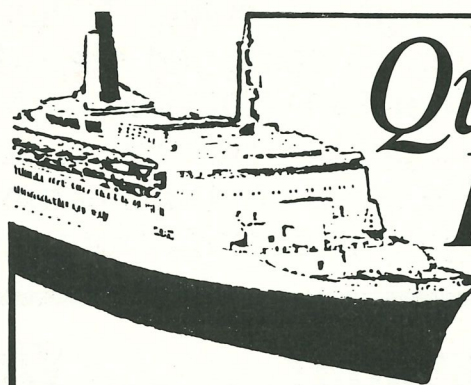
1. Rund 80 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen

Dienst haben ein Brutto-Monatseinkommen von 2300 DM und weniger. Überwiegend gekürzt wird also bei denen, wo es eigentlich nichts mehr zu kürzen gibt.

2. Wer heute „Ja“ sagt zur Kürzung von Arbeitnehmer-einkommen auf der Grundlage rechtsgültiger Tarifverträge im öffentlichen Dienst, dem wird ein „Nein“ zur Kürzung von Tariflöhnen in der Metallindustrie schwerfallen.



Rotstift



Queen Elizabeth 2

Weltreise 1786 Tage

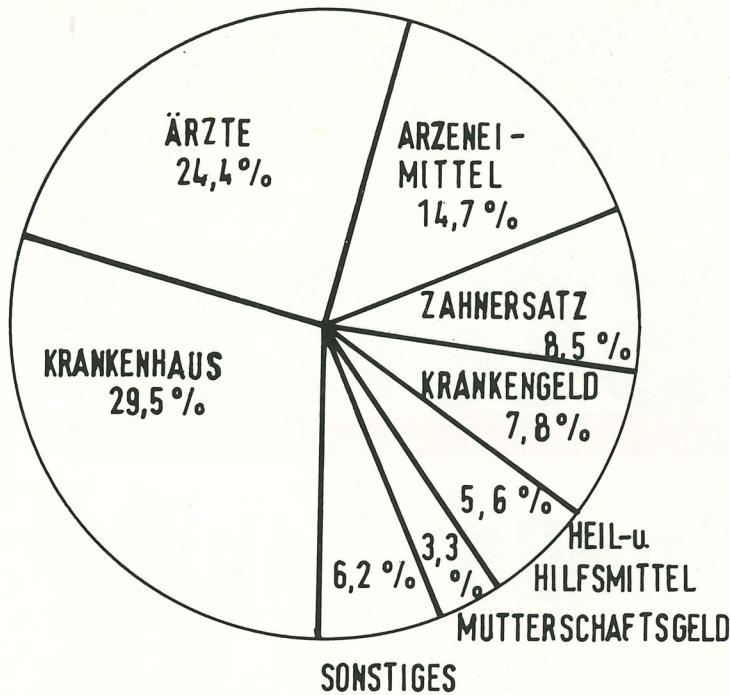
Faszinierende, selten besuchte Häfen werden mit wohlbekanntem auf dieser Reise kombiniert. So z. B. Rio de Janeiro, Kapstadt, Yokohama, Honolulu, Acapulco, Belem (Amazonas), Mauritius, Bangkok, Pusan, Lahaina. Teilstreckenbuchung möglich. Reise ab New York oder Port Everglades einschl. Flug ab Deutschland. Schiffsanreise mit SS „Canberra“ ab Southampton bis Port Everglades.

Mit der Hände Arbeit ist das n

Das ist Kapitalismus in Reinkultur, entdeckt von dem alten Gewerkschaftskollegen Karl Bosch aus Leinfelden-Echterdingen. Während die Armen – siehe Sparprogramm – immer ärmer werden, tummelt sich die High-Society auf Luxusdampfern – Anlaß für den Kollegen, an den Herrn Grafen in Bonn zu schreiben. Wortlaut des Briefes: „Mich würde interessieren, was Sie zu den angebotenen Weltreisen, besonders der Reise „Queen Elizabeth 2“ sagen. Was

sind das für Leute aus unserem Volk, die sich so etwas leisten können? 86 Tage nichts tun und dafür runde 30000 bis 35000 Mark ausgeben. Ich meine, danach sollten Sie sehen, wo und wie diese Bürger, die solche Reisen buchen, ihr Geld verdienen. Hier könnte und sollte auf steuerlichem Wege etwas abgeschöpft werden, denn mit der Hände Arbeit kann das Geld für solche Reisen nicht verdient werden, höchstens durch Spekulationen und überhöhte

Der Kranke



● Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 1980

konkret

BRT 67 000

beth 2

1. 12. 4. 1982

en und beliebten Plätzen
Singapur, Hongkong,
s, Madras, Kuala Lumpur,

schland ab DM 28.295,-
rglades ab DM 31.230,-

cht zu verdienen

Gewinne auf Kosten des Steuerzahlers.

Hier einiges herauszuholen, wäre jedenfalls gerechter und richtiger, als bei Arbeitslosen, Kranken und Rentnern Kürzungen vorzunehmen. Der Schlenkerdrian bei den Großverdienern ist jedenfalls in puncto Steuer größer als der bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und so weiter. Es würde mich freuen, sehr geehrter Herr Minister, wenn ich von Ihnen eine Antwort erhalten könnte ...“

So sieht's dann wirklich mal aus!

Während es wirklich nur solche Herrschaften sind, wie der Kollege Karl Bosch sie in seinem Brief ans gräfliche Ministerium schildert, hat Arbeitslosenwirklichkeit folgendes Gesicht:

Ehe er entlassen wurde, war der Rheinhauser Metallfachtarbeiter Hugo H. (ledig) in die höchste Lohnstufe aufgestiegen, von den 2261,91 Mark brutto blieben ihm jeden Monat 1525,33 Mark zum Leben.

Jetzt kommt er mit 1037,40 Mark mehr schlecht als recht aus, immerhin fehlen 487,93 Mark. Nach einem Jahr schrumpft das ihm zur Verfügung stehende Geld auf 884 Mark. Das sind 641,33 Mark weniger ... Wäre er verheiratet, ergäbe sich für ihn folgendes: Früherer Nettoverdienst 1652,91 Mark, Arbeitslosengeld 1123,20 Mark, Arbeitslosenhilfe 959,40 Mark.

Obwohl die Ausgaben für die Krankenhäuser, Arzthonorare und Medikamente mehr als 68 Prozent aller Ausgaben verschlingen, soll nach den Plänen des Arbeitsministers hier nicht gespart werden. Die bloße Zusicherung, ihre Gewinne nicht übermäßig zu erhöhen (!), reicht jedenfalls dem Minister aus. Daß die Wirklichkeit anders aussieht, beschreibt der Norddeutsche Rundfunk (zugrundegelegt ist das durchschnittliche Monatseinkommen von 14700 DM bei Ärzten und 18400 DM bei Zahnärzten im Jahre 1979):

„Es trifft zwar zu, daß die niedergelassenen Ärzte in den letzten 4 Jahren mit Versichertengeldern einigermaßen sorgsam umgegangen sind, dafür haben aber gerade die Spitzenverdiener jetzt besonders kräftig zugelangt: Die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind in den ersten drei Monaten um 8,3 Prozent gestiegen, für zahnärztliche Behandlung um 6,6 und für Zahnersatz – allerdings auf hohem Aus-

gangsniveau – um 2,2 Prozent.

Die Spitzenleistung hat jedoch die Pharma-Industrie vollbracht: Ihr Bundesverband appelliert an die Firmen, Preisdisziplin zu wahren, als die Preiserhöhungsrunde nahezu abgeschlossen war ...“

Da aber in der Krankenversicherung Einnahmen und Ausgaben gleich hoch sein müssen, langt der Arbeitsminister bei den Arbeitnehmern zu:

- pro Rezept 20 Prozent (bis zu 4 DM) für das Arzneimittel
- geringfügige Heil- und Hilfsmittel muß der Patient selber bezahlen
- Zahnersatz wird nach folgendem Beispiel berechnet:
 - Bei angenommenen Gesamtkosten von 6000 DM beträgt bisher die Eigenleistung 1200 DM. Ab 1. Januar 1982 sind es ca. 1272 DM.
 - Die Eigenleistung für Fahrtkosten wird von bisher 3,50 auf 5 DM erhöht.
 - Kosten für Brillen und Kuren werden statt 2 nur noch alle 3 Jahre bezahlt.

Radikal gekürzt wird ebenfalls die Arbeitnehmersparzulage:

- von 30 auf 16 Prozent, wenn der Arbeitnehmer das Geld auf einem Bank- oder Sparkassenkonto spart;

- von 30 auf 23 Prozent, wenn die Beträge als Bausparvertrag oder in Aktien angelegt sind;
- die bisherige steuerliche Begünstigung der „Belegschaftsaktie“ wird ebenfalls um ein Drittel gekürzt.

Weitere Kürzungen

- Kürzung des Wohngeldes
- Streichung der Sparzulage für Soldaten und Zivildienstleistende sowie Kürzung der Anrechenbarkeit bei der Rentenberechnung
- Streichung der Beihilfe für Auszubildende, die das erste Jahr der Berufsausbildung als Schüler im schulischen Berufsgrundbildungsjahr absolvieren
- Besteuerung des Arbeitslosengeldes
- Verdoppelung des Mehrwertsteuersatzes bei den sogenannten „Freien Berufen“, die diese Mehrbelastung natürlich weitergeben werden, was wiederum insbesondere Arbeitnehmer treffen wird. (Einzelheiten sind in jeder IGM-Verwaltungsstelle erhältlich)

Wir leisten Widerstand

Podium Betrieb Straße Papier

Führt Podiumsdiskussionen mit den Bundestags- und Landtagsabgeordneten durch. Vor der Wahl kommen die Volksvertreter immer gerne. Nun sollen sie auch einmal zur „Halbzeit“ darstellen, wo sie stehen und was sie für Euch als Arbeitnehmer tun.

Wenn Abgeordnete sich „aus der Verantwortung stehlen“ wollen, macht Ihnen klar, daß es letztlich das Parlament sein muß, das Entscheidungen trifft.

Wenn es nicht anders geht, schreibt den Abgeordneten Eure Meinung. Die Adressen hat jede Verwaltungsstelle.

Wichtig ist zunächst eine umfassende Information aller Arbeitnehmer, was an Belastungen auf sie zukommen wird, wenn die Vorschläge der Bundesregierung wirksam werden sollten.

Nutzt die nächste Betriebsversammlung zur Diskussion. Beschließt dort Resolutionen an die Bundesregierung. Die Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, von den betrieblichen Interessenvertretern umfassender und vor allem ehrlicher informiert zu werden. Macht den Kolleginnen und Kollegen deutlich, daß die nächste Tarifrunde schon längst begonnen hat.

Wir müssen auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß wir die Sparbeschlüsse der Bundesregierung nicht akzeptieren. Gemeinsam mit allen Gewerkschaften im DGB soll deshalb in örtlichen Veranstaltungen oder Demonstrationen Widerstand gezeigt werden.

Ein vorläufiger Höhepunkt des öffentlich sichtbaren Widerstandes soll die Kundgebung des DGB Baden-Württemberg am 7. November 1981 in Stuttgart sein. Es ist Pflicht jedes Arbeitnehmers, an dieser zentralen Demonstration teilzunehmen, um so seine Ablehnung deutlich zu zeigen.

Diskutiert die Sparbeschlüsse der Bundesregierung in der Ortsverwaltung, Vertreterversammlungen, Vertrauensleutungen.

Geht mit Euren Meinungen in die Öffentlichkeit. Überlaßt die Information nicht den überwiegend konservativen Medien.

Schreibt die Ergebnisse Eurer Diskussionen an die Bundesregierung. Es muß deutlich werden, daß Ihr mit der einseitigen Belastung nur der Arbeitnehmer nicht einverstanden seid.

Auch wenn sich je ein einzelner noch nicht so stark betroffen fühlt – wir müssen den Anfängen wehren.

Heraus!

Zur Demonstration des DGB: Samstag, 7. November 1981, Stuttgart, 15.00 Uhr Demonstrationsszug durch Stuttgarter Straßen, 16.30 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Marktplatz. Es spricht Franz Steinkühler, IG Metall.